

Dringliche Interpellation Fraktion SVP (Thomas Glauser/Janosch Weyermann/Ueli Jaisli): Berner Stadt-Mitarbeiter kündigen wegen «toxischem» Arbeitsklima

Fragen

Der Gemeinderat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Wer ist für die Zustände politisch und organisatorisch verantwortlich?
2. Wann erfuhr die zuständige Verantwortliche der BSS von den Missständen?
3. Wann erfuhr die Direktorin der BSS von den Missständen?
4. Wann erfuhr der Gemeinderat von den Missständen?
5. Leitete die zuständige Verantwortliche der BSS Massnahmen ein? Wenn ja, welche? Wann? Wenn nein, warum nicht?
6. Leitete die Direktorin der BSS Massnahmen ein? Wenn ja, welche? Wann? Wenn nein, warum nicht?
7. Leitete der Gemeinderat Massnahme ein? Wenn ja, welche? Wann? Wenn nein, warum nicht?
8. Was für Massnahmen sind angezielt?
9. Hat sich die Situation verbessert? Wenn ja, weshalb? Wenn nein, warum nicht?
10. Was für Konsequenzen werden gezogen?

Begründung

Im Kompetenzzentrum Arbeit der Stadt Bern ist es zu einem offenen Konflikt zwischen Leitung und Angestellten gekommen. Die Folge: Zahlreiche Kündigungen.

Das Wichtigste in Kürze:

- Die «Berner Zeitung» berichtet über ein toxisches Klima in einer Stadtberner Verwaltung.
- Im Kompetenzzentrum Arbeit (KA) kam es zu zahlreichen Kündigungen und Frustrationen.
- Der Führungsstil wurde zunehmend rauer und das Vertrauen schwand.

Das KA ist dafür zuständig, Sozialhilfebeziehende in den Arbeitsmarkt zu integrieren. So soll diesen Klienten wieder ein geregelter Alltag ermöglicht werden. Gestört wurde das Arbeitsklima vom Geld: Wirtschaftlicher Druck habe den Fokus auf die Klienten verdrängt. Es gehe, so sagen ehemalige Mitarbeitende, immer weniger darum, individuell auf die Klienten einzugehen. Sondern vielmehr darum, Massnahmen abzurechnen, um Gelder vom Kanton zu sichern. Vermitteln, egal ob's passt. Mitarbeitende fühlten sich zunehmend unter Druck gesetzt, Klienten schnell in Massnahmen zu vermitteln. Auch wenn diese nicht zu den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen passten. Besonders brisant: Es herrschte offenbar zusätzlicher Druck, städtische Betriebe wie die Velowerkstatt von Publibike oder die Zieglerküche rasch mit Arbeitskräften zu versorgen. KA-Mitarbeitende fühlten sich gezwungen, auch ungeeignete Klienten dorthin zu vermitteln.

Dringlichkeit

Kurze Begründung: Es ist rasches Handeln angezeigt. Es muss aus Gründen des Schutzes der Arbeitnehmer aber auch aus Gründen der Effizienz der Verwaltung und des Projekts rasch das Nötige vorgenommen werden. Es geht um Menschen in Not. Es besteht die Gefahr wachsenden Schadens. Die Durchführung einer Untersuchung durch die GPK allenfalls sogar die Einsetzung einer PUK muss ernsthaft geprüft werden. Sofern die Fragen nicht rasch beantwortet werden, spricht alles dafür eine PUK wirken zu lassen.

Bern, 31. Oktober 2024

Erstunterzeichnende: Thomas Glauser, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli

Mitunterzeichnende: Bernhard Hess, Niklaus Mürner